Nr. 536
A 271

Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag, 12. November 1926
V

# Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung" — Donnerstag: „Recht und Leben"

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch. Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

# Die Verständigung erfolgt

## Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie

**Die angekündigten Verhandlungen zwischen der Regierung und den Koalitionsparteien einerseits und der Sozialdemokratie anderseits haben gestern zu einem Erfolge geführt.**

In den Besprechungen zwischen dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses und den sozialdemokratischen Ausschußmitgliedern über die Frage der Erwerbslosenfürsorge, insbesondere über die Krisenfürsorge, ist ein Kompromiß erreicht worden, durch das die Verabschiedung des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes in der heutigen Sitzung gesichert ist. Wenn auch über die Details des Kompromisses noch nichts mitgeteilt worden ist, so steht zweifellos fest, daß die Reichsregierung den sozialdemokratischen Wünschen in bezug auf die Verlängerung der Krisenfürsorge entgegengekommen ist. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird der Erledigung der Gesetze keine Schwierigkeiten mehr bereiten.

Wichtiger waren die politischen Verhandlungen, die am Nachmittag zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Sozialdemokratie stattgefunden haben und in denen es sich vor allem darum handelte, der Regierung für die noch in Sicht stehenden größeren legislatorischen Arbeiten im Reichstage eine Mehrheit zu sichern. Bei der innerhalb der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie noch vorherrschenden Stimmung versprachen Bemühungen um das Zustandekommen der Großen Koalition im gegenwärtigen Zeitpunkt noch keinen Erfolg. Was die Regierung aber erreichen wollte, war die Sicherheit dafür, daß sich Vorgänge wie bei der parlamentarischen Verhandlung der Gesetze über die Erwerbslosenfürsorge nicht wiederholen würden.

In dieser Richtung hat, wie man hört, die Aussprache zwischen Kanzler und den sozialdemokratischen Führern ein befriedigendes Ergebnis gehabt. Man ist **übereingekommen, in Zukunft vor der Beratung wichtiger Vorlagen und politischer Fragen eine engere Fühlungnahme zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie herbeizuführen,** um ein möglichst einheitliches Verhalten zu sichern und den Deutschnationalen keine Gelegenheit zu Quertreibereien zu geben.

Die deutschnationalen Manöver, die in der kategorischen Anweisung des Grafen Westarp an die deutschnationalen Ausschußmitglieder gipfelte, für die kommunistischen Anträge zu stimmen — nur der Bäckermeister Rieseberg ließ sich nicht wider besseres Wissen kommandieren —, haben eine gute Folge gehabt. Wenn auch nicht eine einheitliche Koalition geschaffen wurde, so ist doch wenigstens **eine auf Verständigung von Fall zu Fall eingestellte Mehrheit sichergestellt worden.**

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich in ihrer Sitzung in mehr als dreistündiger Aussprache mit der durch die neuerliche Haltung der Deutschnationalen geschaffenen politischen Lage. Formelle Beschlüsse wurden nicht gefaßt, der Standpunkt der Fraktion wurde aber dahin gekennzeichnet, daß unter allen Umständen ein bestimmender Einfluß der Deutschnationalen auf die Regierungspolitik verhindert werden müsse. Das Kompromiß in der Erwerbsfürsorge bildete nicht einen besonderen Gegenstand der Verhandlungen. Es wurde auch darüber nicht besonders abgestimmt. Jedenfalls hat die Fraktion keine ablehnende Haltung gegenüber den Besprechungen ihrer Unterhändler eingenommen.

# Parlamentsbeginn in Paris

## Das Interregnum ist vorüber / Poincaré besteht auf seinen Vollmachten / Das Parlament soll bewilligen, nicht reden

lst **Paris,** 11. November

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

**Nach einer nicht ganz freiwilligen Ferienpause von genau drei Monaten tritt morgen die französische Deputiertenkammer wieder zusammen.** Poincaré, der im Besitze der notwendigen Vollmachten auf dem Verordnungswege zu dekretieren vermag, scheint entschieden Geschmack daran gefunden zu haben, ohne das Parlament zu regieren. Er hatte zwar im August die Zusicherung gegeben, daß er spätestens Anfang Oktober dem Parlament Gelegenheit zu einer Nachprüfung und Kontrolle der von der Regierung in der Zwischenzeit auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen geben werde, aber er hat nichtsdestoweniger den Beginn der Herbstsession unter nichtigen Vorwänden immer wieder hinauszuschieben verstanden und es hat eines sehr energischen Druckes von seiten der Parlamentarier bedurft, ehe er sich dazu entschließen konnte, dem Präsidenten der Republik das Einberufungsdekret für den 12. November zu unterbreiten.

Allerdings scheint Poincaré auch jetzt keineswegs gesonnen, die diktatorischen Vollmachten, die ihn das Parlament in den Paniktagen der Währungskrise bewilligt hat, ohne weiteres aus der Hand zu geben. **Er hat dem anfangs dieser Woche abgehaltenen Ministerrat Beschlüsse abzuringen vermocht, die praktisch darauf hinauslaufen, das Parlament mundtot zu machen und es zu einer reinen Geldbewilligungsmaschine herabzuwürdigen.** Durch Stellung der Vertrauensfrage will Poincaré die Kammer zwingen, sich zunächst ausschließlich auf die Diskussion des Haushaltsvoranschlages für 1927 zu beschränken und jede politische Debatte bis zu dessen definitiver Verabschiedung zurückzustellen, was praktisch einer Vertagung der politischen Auseinandersetzung zwischen Kammer und Regierung gleichkommen würde.

Schon jetzt liegen nicht weniger als 56 Interpellationen vor, und an Gesprächsstoff für eine politische Debatte fehlt es wahrlich nicht. Die Politik von Thoiry, die jüngsten italienischen Zwischenfälle, der Garibaldi-Skandal und die dadurch aufgedeckten Machinationen der Mussolinischen Diplomatie — um nur die akutesten Probleme der Außenpolitik zu erwähnen — zu alle dem hätte sicher auch das Parlament ein gewichtiges Wort zu sagen. **Poincaré aber scheint auch in diesen Fragen die Volksvertretung ausschalten und beiseite schieben zu wollen, wie er es bereits in der inneren Politik getan hat.**

Poincaré würde niemals den Mut aufgebracht haben, die Kammer in dieser Weise zu behandeln, wenn diese nicht im Sommer selbst in einer Anwandlung völliger politischer Ohnmacht ihre eigene Abdankung unterzeichnet hätte. Heute liegen die Dinge so, daß, von den Kommunisten abgesehen, selbst die Linke sich auf rhetorische Proteste gegen Poincarés Methoden beschränkt und nicht wagt, offen dagegen Opposition zu machen aus Furcht, sich mit der Verantwortung für eine neue Währungskrise zu belasten, die, wie die Dinge nun einmal liegen, die unvermeidliche Folge jeglicher Komplizierung der innenpolitischen Situation sein würde.

**Nur so ist es zu verstehen, daß selbst die sozialistische Fraktion beschlossen hat, in der entscheidenden Aussprache über die Festsetzung der Tagesordnung nicht gegen die Regierung zu stimmen, sondern lediglich Stimmenthaltung zu üben.**

## Shaw erhält den Nobelpreis

**Wie uns aus Stockholm gemeldet wird, hat das Nobelpreiskomitee beschlossen, den Nobelpreis für Literatur an Bernard Shaw zu verleihen.**

**Den Physikpreis des Jahres 1925 erhielten die Göttinger Professoren James Franck und Paul Hertz für ihre Elektronen-Untersuchungen. Der Physikpreis 1926 wurde dem französischen Forscher Terrin zugesprochen.**

**Gegen Mitternacht wurde bestätigt, den Nobel-Chemie-Preis des Jahres 1925 dem Göttinger Prof. Szigmondi zu verleihen, so daß also drei von den sechs Preisen nach Deutschland gegangen sind. Der Chemie-Preis für 1926 wurde dem schwedischen Prof. Svedberg (Upsala) verliehen.**

(Siehe das Unterhaltungsblatt.)

# Das letzte Femeurteil

## Freigesprochen? Fehlgesprochen!

ems **Landsberg a. d. W.,** 11. November. **Im heutigen letzten Feme-Mordprozeß wurden die Angeklagten Oberleutnant Schulz und Leutnant Hahn freigesprochen. Der Feldwebel Erich Klapproth wurde wegen schwerer Körperverletzung und lebensgefährdender Behandlung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.**

Dies Urteil ist ein Fehlspruch. Gerade wenn man während der ganzen Dauer der Landsberger Prozesse sich bemüht hat, sachlich und unvoreingenommen den Verhandlungsgang zu würdigen, gerade wenn man beim Abschluß des vorigen Prozesses den Freispruch des Schulz trotz entgegengesetzter Beurteilung des Sachverhaltes juristisch für ohne Fehl erklärte, wie wir es getan haben, hat man das Recht und gebietet die Pflicht, dies unumwunden auszusprechen. Noch einmal: Das neue Landsberger Urteil ist ein Fehlspruch. In allen seinen Teilen. In der Würdigung der Tat und in der Abmessung der Strafe. In der Lobpreisung der Täter und in der Abwägung der Umstände.

Es gehört keine besondere Gabe der Stilkritik dazu, bei der vergleichenden Lektüre beider Urteile zu merken, daß unmöglich von demselben Richter, der das vorige Urteil bewirkt hat, das neue Urteil stammen kann. War jenes von einer ruhigen und vornehmen Sachlichkeit getragen, die in der Verurteilung auch der aus Mangel an Beweisen Freigesprochenen zu hohem moralischen Pathos sich erhob, so steigt dieses hinab zur billigen Phraseologie des Versammlungssaales und verschmäht es nicht, gerade auf das Opfer der Gewalttat eine gehäufte Schale der Verachtung zu gießen. Kein Zweifel, dieses Opfer, der Feldwebel Gädicke von der Schwarzen Reichswehr, bietet ein jämmerliches Bild. Ein Schwachkopf, ein Schwächling, ein Ungetreuer. Er hat an einer Munitionsschiebung mitgewirkt — übrigens nicht zu den Kommunisten, sondern zum Alteisenhändler —, er hat Strafe verdient. Aber dieser Strafe ist er ja nicht entzogen worden. Er ist vom ordentlichen preußischen Gericht abgeurteilt worden, und man hat mit einem leisen Schrecken in Landsberg den Untersuchungsrichter gesehen, dem die Kommandantur Küstrin ihn damals zugeführt hat. Dieser Amtsgerichtsrat war es zufrieden, daß der angestellte Zivilarbeiter der Reichswehr als überführter Munitionsschieber noch beim Arbeitskommando blieb; dann war er für ihn nicht fluchtverdächtig. Erklärte die Kommandantur, der Mann werde entlassen, dann war er sofort fluchtverdächtig. Die Entscheidung der Haftfrage ist für den Untersuchungsrichter eben Auffassungssache, nicht Rechtsfrage. Der Mann wurde ihm mit verbundenem Kopf zugeführt, es war, wie er sagte, zu erkennen, daß der Mann schwer zugerichtet war. Aber „in diese Sachen hineinzusteigen", sah der Richter keine Veranlassung. Er hat niemals auch nur die Frage an ihn gerichtet, wer ihn so schwer mißhandelt habe.

Man kann sich vorstellen, wie es dem Gädicke beim Richter ging, wenn man liest, wie der Landsberger Richter ihn auch heute noch anfaßt. Heute handelte es sich um die Sühnung des an diesem Mann begangenen Unrechts. Nicht ein Wort der Ablehnung für solche Lynchjustiz findet sich in der Begründung.

Für uns geht es nicht um den Feldwebel Gädicke, für uns geht es nicht einmal um Klapproth, der jetzt zu einem „alten ehrlichen Soldaten" gestempelt wird, nachdem ihn das vorige Urteil auf 15 Jahre ins Zuchthaus steckte, für uns geht es nicht einmal um Schulz. Für uns geht es darum, die Seelenverfassung, aus der heraus solche Männer sich als Retter des Vaterlandes ausgeben und von anderen dafür gehalten werden können, umzustürzen. Ein Urteil wie das vorige in Landsberg hat dazu beigetragen, es brandmarkte von hoher Stelle dieses gemeingefährliche, versteckte, heimtückische Treiben, es errichtete ein Fanal, das aufs flache Land hinaus leuchtete: dies ist nicht Vaterlandsrettung, dies ist Wahnsinn, dies ist Verbrechen!

Wie anders das heutige Urteil in Landsberg!

An Lob der Angeklagten weiß es sich nicht genug zu tun, an einer Kennzeichnung ihres zweifelhaften Verhaltens geht es vorüber. Dabei ist es irrig in der Würdigung des Ergebnisses der Beweisaufnahme. Anders als im Falle Gröschke war diesmal der Indizienbeweis lückenlos. Die erste Aussage des Hayn wurde zwar in der Hauptverhandlung widerrufen, aber der Angeklagte mußte selbst einräumen, daß er vor seiner ersten Vernehmung beim Untersuchungsrichter sich rechtskundigen Rat geholt hatte. Seine Aussage beim Untersuchungsrichter war wohl überlegt und vorbereitet. Davon, daß er sich die Einzelheiten seines offenen Geständnisses eingeredet habe, wie es die Urteilsbegründung meint, davon war in der Verhandlung keine Rede.

Und nun gar soll es die Presse gewesen sein, die durch ihre Notizen die Rückerinnerung der Zeugen und Gewährs-